



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2515.7

Bern, den 30. März 1993

An den BundesratInformationsnotizUnterzeichnung der Freihandelsabkommen zwischen EFTA-Staaten/Bulgarien und Ungarn

1.

Am 29.3.93 sind am EFTA-Sitz in Genf unter meinem Vorsitz zwei Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und Bulgarien (Vizepremierminister Karabachev) sowie Ungarn (Aussenhandelsminister Kadar) unterzeichnet worden. Während ersteres nach drei Verhandlungsrunden zum Abschluss gebracht werden konnte, gelang dies mit Ungarn erst im dritten Jahre nach Verhandlungsbeginn. **Ungarn erhob während Monaten Forderungen, welche die EFTA-Staaten nicht erfüllen konnten.** Neben der Landwirtschaft lag die Hauptschwierigkeit im Umstand, dass Ungarn versuchte, bei den EFTA-Ländern Vertragsbestimmungen durchzubringen, welche weitgehend den im Rahmen des Assoziationsvertrages EG/Ungarn ausgehandelten Lösungen hätten entsprechen sollen.

2.

In einem **bilateralen Gespräch mit Aussenhandelsminister Kadar** wies ich - auch im Hinblick auf die Mitte April in Kopenhagen stattfindende Ost/West- Konferenz - auf die Bedeutung von umfassenden Ursprungsregeln im Rahmen der in Europa neu entstandenen Freihandelsräume hin (EG/Ost, EFTA/Ost, Visegrad-Länder: CEFTA). Dabei steht die Einführung der sog. **paneuropäischen Kumulation** im Vordergrund, welche erlauben würde, von den ökonomischen Vorteilen des Freihandels umfassend Nutzen zu ziehen, was für die Schweiz angesichts des Nichtbeitritts zum EWR auch von Interesse wäre. Kadar teilte meine diesbezügliche Lagebeurteilung und sprach sich für einen sanften, nicht überhasteten Druck auf die EG aus. Letztere steht der paneuropäischen Kumulation aus Konkurrenzgründen vorläufig mit Zurückhaltung gegenüber.

Ungarn unterstützt den russischen Präsidenten Jelzin. Eine einigermaßen demokratische "Diktatur" à la Jelzin sei einem unüberschaubaren Chaos in Russland auf alle Fälle vorzuziehen. Als wenig verheissungsvoll beurteilte Kadar die politische und die wirtschaftliche Situation in der Slowakei. Deshalb sei es notwendig, zu einer Stabilisierung der Lage beizutragen, wozu auch eine vertiefte vertragliche Vernetzung mit den EFTA-Staaten und den Europäischen Gemeinschaften gehören würde.



3.

Aus dem **Gespräch mit dem bulgarischen Vizepremier Karabachev** ist in erster Linie festzuhalten, dass er eine **Rückkehr zu den früheren kommunistischen Strukturen in der Russischen Föderation als nicht mehr möglich** bezeichnet hat.

Der Ministerrat des Landes setzt sich aus Technokraten zusammen. Sie verfolgen allerdings im wesentlichen die selben Prioritäten wie die frühere Regierung, welche nach Karabachevs Worten "demokratisch gestürzt" worden sei, nämlich Privatisierung, Regelung der Zahlungsausstände sowie die beschleunigte Fortsetzung der Neuorientierung im Aussenhandel. Diese Prioritäten sollen durch die massgeblichen Kräfte im Parlament mitgetragen werden, was für die Zukunft des Landes zweifelsohne von Bedeutung ist.

Angesichts des wohl eher vorübergehenden Charakters der derzeitigen Regierung habe ich eine Einladung zum Besuche Bulgariens mit freundlicher Zurückhaltung aufgenommen.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

